

Ludger Pries – Stellungnahme zum WAZ-Artikel „Helfer klagen: „Diese Flüchtlingspolitik ist ungerecht“ vom 23.05.22: <https://www.waz.de/politik/landespolitik/helfer-klagen-diese-fluechtlingspolitik-ist-ungerecht-id235396321.html>

1. Ich spreche von einer (hier: positiv) diskriminierenden Behandlung der ukrainischen Flüchtlinge, weil eine systematische Andersbehandlung aufgrund von Staatsangehörigkeit und vorherigem Wohnort (z.B. bei Studierenden aus Drittstaaten, die auch aus der Ukraine fliehen mussten) als bei anderen Flüchtlingen stattfindet. Für die aus der Ukraine kommenden Flüchtlinge wird die schon 2001 (nach den Erfahrungen des Jugoslawienkrieges) verabschiedete EU-Massenzustromrichtlinie angewendet, die den Status „Vertriebener“ für bis zu 3 Jahre gewährt und keine Asylprüfung vorsieht. Den aus der Ukraine stammenden Flüchtlingen stehen auch weitergehende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch zu als sonstigen Asylsuchenden. Ich halte diese Maßnahmen für durchaus angemessen angesichts des Leids der Menschen. Aber es ist eine systematische Ungleichbehandlung im Vergleich zu anderen Gruppen Schutzsuchender.

2. Das internationale Völkerrecht, die allgemeinen Menschenrechte, das europäische Recht und das deutsche Recht sprechen Menschen, die durch Verfolgung und Gewalt in ihrem Leben bedroht sind und Schutz suchen, den gleichen Anspruch auf Flüchtlingsschutz zu – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Staatsangehörigkeit oder anderen Kriterien. Hierfür gibt es neben dem Asylverfahren auch andere anerkannte Möglichkeiten wie etwa die Massenzustromrichtlinie oder Resettlement-Programme (die Aufnahme bestimmter Quoten von Schutzsuchenden etwa nach humanitären Kriterien). Leider ist die Realität der Behandlung Schutzsuchender international mehr als defizitär. Die schwächsten Gruppen werden häufig zum Spielball internationaler Politik instrumentalisiert (wie syrische Flüchtlinge durch Russland und Weißrussland, afrikanische Flüchtlinge durch Libyen oder Marokko). Regierungen wenden weltweit die eigentlich geltenden Standards internationalen Flüchtlingsschutzes ungleich und meistens systematisch diskriminierend an (etwa durch die Definition bestimmter Länder als „sichere Drittstaaten“, in die Schutzsuchende ohne Asylverfahren zurückgeführt werden oder durch politischen Druck auf Länder, Flüchtlinge an der Weiterfahrt in den EU-Schengen-Raum oder in die USA zu hindern).

3. Die bereits in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte und speziell die mit Fluchterfahrungen verfolgen sehr genau, welche Maßnahmen in den Bereichen von Migration und Flüchtlingsschutz ergriffen werden, und welche politischen Argumente zu diesem Zweck dargebracht werden. Für das Ankommen von Menschen aus anderen Ländern in Deutschland und für ihre Integration ist sehr wichtig, welche Erfahrungen sie in diesem Land machen und wie sie die Ankommens- und Integrationskultur erleben. Eine soziologische Regel, das Thomas-Theorem, besagt, dass Menschen ihr Handeln an ihren *Wahrnehmungen* der sozialen Wirklichkeit ausrichten (auch wenn aus der Sicht anderer Menschen oder der Wissenschaft die entsprechenden Wahrnehmungen zweifelhaft oder falsch sind). Deshalb sind in einer demokratischen und offenen Gesellschaft politische Diskurse so wichtig. Aus meiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit zur Rolle und den Arbeitsweisen von Selbstorganisationen der Menschen mit Migrationsgeschichte kenne ich diese Wahrnehmungsweise sehr genau und kann sie gut nachvollziehen. Als Vater von drei Kindern

weiß ich auch aus eigener Erfahrung, dass oft nicht (alleine oder in erster Linie) die von mir wahrgenommene und dem Anspruch nach praktizierte Gleichbehandlung der drei Kinder zählt, sondern deren subjektive Wahrnehmung. Deshalb ist es meines Erachtens in Fragen des Flüchtlingsschutzes auch so wichtig, den bei uns ankommenden Menschen das Gefühl zu geben und die Wahrnehmung zu ermöglichen, dass sie mit ihren allgemeinen Rechten angenommen werden und willkommen sind.

4. Welche fatalen Wirkungen es hat, wenn man diesen Grundsätzen nicht folgt, haben wir in Deutschland und anderen Ländern z.B. durch die sogenannte Gastarbeiterpolitik und deren Folgen erlebt. Wenn Menschen das Gefühl haben, nur als vorübergehende Arbeitskräfte geduldet zu sein, muss man ihnen keine Angebote machen, die (hier: deutsche) Sprache zu erlernen, und diese „Gastarbeiter“ (die ja durchweg nicht wirklich wie Gäste behandelt wurden) werden kaum Motivation entwickeln, die Sprache des Ankunftslandes zu erlernen. Da bei uns bis in das 21. Jahrhundert mehrheitlich in der Politik und Gesellschaft – kontrafaktisch – das Motto „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ hochgehalten wurde, sind die Spätfolgen bis heute in teilweise schiefgelaufenen Ankommens- und Integrationsverläufen zu beobachten. Im Alter dann nach Jahrzehnten des Hin und Her zwischen Bleiben und Zurückgehen, zwischen Ankommen und Zurückgewiesen werden noch eine Sprache zu erlernen, kann enorm schwierig werden. Wenn es dann also bei den betroffenen Menschen an Motivation, Vorbildung und Fähigkeiten zum Sprachlernen fehlen mag, hat das immer vielfältige Gründe.

5. Inzwischen ist Deutschland auch im Bewusstsein der meisten hier lebenden Menschen ein vielfältiges und diverses Land. Das ist nicht immer nur einfach, die Wahrscheinlichkeit von Missverständnissen steigt mit der Abnahme von Kommunikationskompetenzen und der soziokulturellen Distanz. Da es sich um Interaktionen zwischen Menschen handelt, kommt es immer auf alle Seiten an. Dass das Erleben von soziokultureller Andersartigkeit auch als bereichernd erlebt wird und erhebliche Lernpotentiale birgt, erfahren wir immer wieder beim Reisen – das ja schon seit Goethe bildet. Wer in Deutschland lebt und leben möchte, muss die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit all ihren Grundprinzipien gleicher Rechte, demokratischer Willensbildung, unabhängiger Gerichtsbarkeit und Rechenschaftspflicht der gewählten Volksvertretungen akzeptieren. Innerhalb dieses Rahmens aber kann und sollte Vielfalt gelebt und akzeptiert werden. Angesichts von Klimawandel, der Zunahme autoritärer Regime und anschwellenden internationalen Konflikten werden die nächsten Jahrzehnte für Deutschland und Europa noch viele neue Herausforderungen im Umgang mit Schutzsuchenden bringen. Differenzierte und offene Diskussionen können helfen, sich darauf vorzubereiten.

Ludger Pries, Mai 2022